

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen***Zusammenlegung innenpolitischer Einrichtungen Bremens und Niedersachsens***

Auf verschiedenen Ebenen plant der Senat, innenpolitische Aufgaben in Zukunft gemeinsam mit dem Land Niedersachsen durchzuführen. Verhandlungen mit Niedersachsen haben bereits begonnen. Neben der Frage einer möglichen, aber noch zu hinterlegenden Kosteneinsparung stellt sich eine Reihe von weiteren Fragen.

Wir fragen den Senat:

I. Statistische Landesämter

1. Welches Ziel verfolgt der Senat im Hinblick auf die Zusammenlegung der Statistischen Landesämter Bremen und Niedersachsen, und welchen Planungsstand (auch hinsichtlich des Standorts) hat das Projekt erreicht?
2. Welche Konsequenzen hat die Zusammenlegung der Statistischen Landesämter für die Aufgabenerfüllung im Land Bremen, vor allem bezüglich der landes- und kommunalpolitischen Aufgaben der Führung relevanter Statistiken und der Durchführung und Begleitung von Wahlen?
3. Welche Konsequenzen ergeben sich für die Beschäftigten des Statistischen Landesamts Bremen?
4. Wie stellen sich realistische Kostenberechnungen im Vergleich zum heutigen Kostenstand dar?

II. Landesämter für Verfassungsschutz

5. Welche Ziele verfolgt der Senat im Hinblick auf die Zusammenlegung der Landesämter für Verfassungsschutz, und welchen Planungsstand (auch hinsichtlich des Standorts) hat das Projekt erreicht?
6. Welche gesetzlichen Veränderungen auf welchen Ebenen wären nötig, um eine Fusion zu ermöglichen?
7. Welche Folgen hätte eine Fusion für die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes, vor allem bezüglich der Zuständigkeit der Parlamentarier/-innen in besonders geschützten Bereichen für das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Bundeslandes?
8. Wie stellen sich realistische Kostenberechnungen im Vergleich zum heutigen Kostenstand dar?

III. Abschiebungshaft

9. Welche Ziele verfolgt der Senat im Hinblick auf die Zusammenlegung der Abschiebungshaft mit Niedersachsen, und welchen Planungsstand hat das Projekt erreicht?

10. Welche Konsequenzen hätte eine Verlegung der Abschiebungshaft nach Niedersachsen, vor allem im Hinblick auf die Betreuung der Abschiebungshäftlinge durch ihre Familien, durch Anwälte und Betreuungsorganisationen?
11. Wie stellen sich realistische Kostenberechnungen im Vergleich zum heutigen Kostenstand dar?

IV. Allgemein

12. Wo sieht der Senat die Grenzen des Aufgebens eigener Zuständigkeiten und die darin enthaltenen Gefahren im Hinblick auf die Bewahrung der Selbständigkeit Bremens?

Dr. Matthias Güldner, Anja Stahmann,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen